

**Antrag 1/I/2021**

**SPD-KV Friesland**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Verbesserung Situation Geburtshilfe**

1 Die SPD Bundestags- und Landtagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die teilweise  
2 katastrophale Situation der Geburtshilfe in Deutschland und Niedersachsen sich wesentlich verbessert. Die  
3 dringendsten Forderungen sind die Änderung der Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe, die Verbes-  
4 serung der Rahmenbedingungen von Hebammen wie z.B. verbesserte Entlohnung, die Lösung der Haft-  
5 pflichtproblematik (Forderung nach Haftungsobergrenzen, Schaffung eines Haftungsfonds etc.) und die  
6 Schaffung eines gesetzlichen Finanzierungsrahmens in der praktischen Hebammenausbildung.

7

**8 Begründung**

9 In den vergangenen 25 Jahren wurden in Deutschland ca. 40 % der Geburtsstationen geschlossen. Grund  
10 dafür sind u.a. die bei weitem nicht ausreichenden Abrechnungspauschalen für Geburtshilfen, die in den  
11 Kliniken zu finanziellen Problemen führen. Geburten bedürfen individueller, intensiver Betreuung, werden  
12 aber nicht leistungsgerecht abgebildet. Dazu kommt, dass immer mehr Fachpersonal wie Hebammen feh-  
13 len. Die Personalunterversorgung führt unter anderem dazu, dass die Kaiserschnittquote bei 30 % liegt ob-  
14 wohl die Weltgesundheitsorganisation max. 10 % für medizinisch notwendig hält. Trotz der erkannten gra-  
15 vierenden Personalprobleme auf den Geburtsstationen hat der Bundestag am 9.11.2018 die Aufnahme von  
16 Hebammen in das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) abgelehnt.

17 Es ist doch ein Armutszeugnis, dass trotz immer lauter werden der Lippenbekenntnisse nach mehr Gebur-  
18 ten in Deutschland, der Start in das Leben in ein Umfeld von Rotstiftzwängen rückt.

19

**Empfehlung der Antragskommission**

Annahme in der Version der Antragskommission

1

2 Annahme in folgender Fassung:

3 Der SPD-Landesparteitag Niedersachsen setzt sich für eine Stärkung der geburtshilflichen Versorgung vor  
4 Ort in Niedersachsen ein. In diesem Zusammenhang fordert die niedersächsische SPD:

5 Die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen von freiberuflichen wie angestellten Hebammen.  
6 Dazu gehören u.a. bessere Betreuungsschlüssel, eine Steigerung der Tariflöhne für angestellte Hebammen  
7 und eine verbesserte Vergütung für freiberuflich tätige Hebammen. Die zeitnahe Reevaluation des Sicher-  
8 heitszuschlages für die Berufshaftpflichtversicherung von Hebammen. In diesem Zusammenhang ist zu  
9 prüfen, ob andere Modelle wirksamer drastisch steigende Haftpflichtprämien für Hebammen vermeiden  
10 können (z.B. Schaffung eines Haftpflichtfonds oder Übernahme der Haftungsrisiken durch die gesetzliche  
11 Unfallversicherung). Die vollständige Refinanzierung zusätzlicher Hebammenstellen in den Geburtsklini-  
12 ken (analog zur Finanzierung zusätzlicher Pflegestellen im Rahmen des Pflegepersonalstärkungsgesetzes).  
13 Die Refinanzierung von Tarifsteigerungen von Hebammen. Die Bereinigung geburtshilflicher Fallpauscha-  
14 len um Personalkosten für Hebammen (analog zu den Regelungen für Pflegepersonalkosten im Rahmen  
15 des Pflegepersonalstärkungsgesetzes).